

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/82

30. April 1975

1. Mai: Unser Kampf ist noch nicht zu Ende

Wichtigste Aufgabe bleibt: Sicherung der Arbeitsplätze

Von Heinz Oskar Vetter

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und  
Mitvorsitzender des Gewerkschaftsrates der SPD

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Die Presse braucht rasche und gezielte Hilfe

Anmerkungen zur Medienpolitik in der Bundesrepublik

Von Hans Koehnigk

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen  
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 3 bis 5 / 135 Zeilen

Ist die Kunst im Sport verpönt?

Parallelen in beiden deutschen Staaten

Seite 6 und 7 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 130 428  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 37 - 38  
Telefax: 04 88 845 - 45 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

**1. Mai: Unser Kampf ist noch nicht zu Ende**  
-----

**Wichtigste Aufgabe bleibt: Sicherung der Arbeitsplätze**

**Von Heinz Oskar Vetter**

**Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes  
und Mitvorsitzender des Gewerkschaftsrates der SPD**

Der 1. Mai ist entstanden als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung. Die Erinnerung daran ist für uns mehr als Tradition. Sie ist Verpflichtung.

Deshalb grüßen wir heute zunächst die Arbeitnehmer in aller Welt. Wir grüßen die arbeitenden Menschen in der DDR. Vor allem entbieten wir denjenigen unseren solidarischen Gruß, denen - wo auch immer - die elementarsten gewerkschaftlichen Rechte und die politischen Freiheiten aberkannt werden. Mit ihnen wissen wir uns einig im Kampf um die Erringung und Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung. Wir werden denen zur Seite stehen, die diktatorische Gewalt erleiden müssen. So wie wir als Gewerkschaften in der Bundesrepublik unseren demokratischen Rechtsstaat gegen jeden Terroranschlag verteidigen werden.

Für uns sind viele Forderungen selbstverständlich geworden, um die in anderen Ländern noch gerungen wird: gewerkschaftliche Rechte, Tarifautonomie, persönliche Freiheiten, unser Lebensstandard, sozialpolitische Sicherheiten - darauf sind wir stolz!

Wir sind aber unseren Weg noch längst nicht zu Ende gegangen. Viel bleibt noch zu tun. Die wichtigste Aufgabe, vor der wir stehen, ist die weitere Sicherung der Arbeitsplätze. Erste Verbesserungen sind schon eingetreten.

Wir erwarten entschieden, daß die Wirtschaft alles tut, um Massenentlassungen zu vermeiden, und daß darüber hinaus alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Maßnahmen zur Be-

lebung der Konjunktur, die schließlich viel Geld kosten - und zwar unser aller Geld -, müssen von den privaten Unternehmen voll ausgeschöpft werden.

Die Existenz einer industriellen Reservearmee, die zur Disziplinierung der Arbeitnehmerschaft benutzt wird, muß endgültig der Vergangenheit angehören. Dazu gehört auch, daß die notwendige Reform der beruflichen Bildung vorangetrieben wird. Es muß erreicht werden, daß zu allen Zeiten - auch bei schlechter Konjunkturlage - ausreichend Ausbildungsplätze vorhanden sind. Das Niveau der Ausbildung muß den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen; die Finanzierung muß durch Umlagen bei den Unternehmen gesichert sein. Überhaupt müssen die einseitigen Interessen der Unternehmer bei der beruflichen Bildung zurückgedrängt werden. Die Mitbestimmung auch in der beruflichen Bildung muß gewährleistet sein.

Damit ist das Stichwort für eine weitere aktuelle Aufgabe genannt: Die klare Entscheidung für eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Mitbestimmung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen der großen Unternehmen muß endlich getroffen werden. Fast 25 Jahre Montan-Mitbestimmung beweisen, welche großen Vorteile für die betroffenen Arbeitnehmer dabei erreicht werden können. Das Gerede von der angeblichen Verfassungswidrigkeit soll nur ablenken.

Der heftige Widerstand der Arbeitgeber gegen unsere Forderungen zeigt, wie wenig ernst sie ihre eigenen Worte von Partnerschaft nehmen. Am liebsten sähen sie heute noch den Arbeitnehmer als unmündigen Untertanen. Alles Gerede vom Gewerkechaftstestament, der angeblich vor der Tür stehe, und von Funktionärsherrschaft soll nur von den tatsächlich bestehenden Verhältnissen ablenken. Die ständig steigenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes beweisen, daß die Arbeitnehmer in unserem Lande wissen, was sie an starken Gewerkschaften haben. Solidarität ist für sie kein Schlagwort.

Diese Solidarität war schon immer Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeit und des gewerkschaftlichen Kampfes. Seit mehr als 100 Jahren treten wir für die Befreiung der Arbeitnehmer und für ihre volle Gleichberechtigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Zahllose Opfer wurden gebracht und große Erfolge erzielt - aber noch immer ist unser Kampf nicht zu Ende.

Das wissen wir auch an diesem 1. Mai 1975,

(-/30.4.1975/bgy/pr)

**Die Presse braucht rasche und gezielte Hilfe**  
-----

**Anmerkungen zur Medienpolitik in der Bundesrepublik**

Van Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

und Mitglied des Vorstandes der SPD

Ich erinnere mich noch der Zeiten, es ist vier, fünf Jahre her, da beklagten wir, daß die Zahl der deutschen Zeitungen mit Vollredaktionen nur noch so etwa 225 betrage, und jetzt, im ersten Halbjahr 1975, wären wir schon froh, wenn diese Talfahrt endlich gestoppt werden könnte, obwohl es inzwischen nur noch 127 Zeitungen mit Vollredaktionen gibt. Anfang 1974 waren es immerhin noch 132. Dieser Vergleich besagt jedoch nichts über das wahre Ausmaß der Konzentrationswelle, die ja auch und vornehmlich kleine und mittlere Zeitungen ohne Vollredaktionen schluckt.

Alles in allem: Die Zeitungslandschaft in der Bundesrepublik wird zusehends, und beinahe von Tag zu Tag ärmer. Nun mag man einwenden, dies sei eben auch ein Stück praktizierter Meinungsfreiheit, daß nämlich der Zeitungskäufer und Zeitungsleser frei und unbeeinflusst darüber entscheide, was er lesen wolle und was nicht. Diese Entscheidung des Lesers könne ganz selbstverständlich einer Zeitung auch die Existenzgrundlage entziehen. Das sei ein normaler Prozess. Diese Argumentation hat auf den ersten Blick manches für sich - aber sie ist schlicht falsch. Darin wird die Auflage zum allein entscheidenden Faktor hochstilisiert, aber diese ist nur eine von mehreren Kriterien, die wirtschaftliche und verlegerische Entscheidungen beeinflussen. Der Deutsche Presserat hat als die wichtigsten dieser Kriterien genannt: Anzeigenrückgang, Kostenanstieg und zweifelhafte Wettbewerbsmethoden. Wer das Zeitungserben allein zu einem Ergebnis der "Volksabstimmung am Kiosk" macht oder machen will, der spielt mit gezinkten Karten.

Ein zweiter Einwand lautet etwa folgendermaßen: Zugabe, es gibt in der Bundesrepublik von Monat zu Monat weniger Zeitungen. Dies aber, die Einengung der Meinungsvielfalt, hat gar nichts zu sagen in bezug auf die Meinungs- und Informationsfreiheit. Ob es in der Bundesrepublik 100, 200 oder 300 selbständige Zeitungen gibt - oder aber nur noch fünf oder sechs - sei für den Normalverbraucher sowieso nur statistisch und theoretisch interessant. Er werde sowieso maximal zwei Zeitungen halten oder lesen. Auch dies klingt zunächst einleuchtend und vernünftig. Aber - wie sich das Fehlen von Konkurrenz tatsächlich auswirkt, dafür gibt es viele Beispiele. Allein die Tatsache, daß der frische Wind der Konkurrenz durch den Blätterwald weht, führt zu einer Ausweitung des Informationsangebotes und auch - und das erscheint mir besonders wichtig - zu einer Ausweitung des Meinungsspektrums. Rundfunk und Fernsehen sind als korrektiv des Meinungsmonopols bei ihrer heutigen Struktur vorwiegend überregional geeignet: Lokal, also dort, wo es besonders wichtig wäre, können sie eine solche Aufgabe kaum erfüllen. Selbst der Sender Freies Berlin oder Radio Bremen nehmen prinzipiell überregionale Aufgaben wahr. Es besteht also ein berechtigter Grund zur Sorge um das Grundrecht der Meinungsfreiheit, der Informationsfreiheit, der Pressefreiheit. Dieses Grundrecht, der staatlichen Gewalt seit dem 19. Jahrhundert abgetrotzt,

stets durch staatliche Gewalt gefährdet, ist jetzt in Gefahr, durch wirtschaftliche Prozesse und wirtschaftliche Zwänge ausgehöhlt zu werden.

Die Fronten haben sich verkehrt: Der staatliche Eingriff, früher eher mit Argwohn betrachtet, erscheint heute vielen als letzte Möglichkeit, den völligen Kahlschlag im deutschen Blätterwald zu verhindern, Freiherr von Meuchenheim, der Sekretär des Deutschen Presserates, betonte wenn "die Bundesregierung nicht bald helfend eingreife, dann werde die Konzentrationbewegung sich noch beschleunigen."

Hilfe des Staates? Wozu und für wen, muß man da allerdings fragen. Die einfachste Lösung wäre zweifellos die: Erlaß der Mehrwertsteuer auf Vertriebs Erlöse. Dies würde eine erhebliche Entlastung für die Verlage bedeuten. Aber - und deswegen kann auch ich mich nicht mit diesem Vorschlag befreunden - es würde eine Entlastung bedeuten, die allen gleichmäßig zugute kommt, den Kleinen und den Großen, den Armen und den Reichen. Und es gibt ernsthafte und ernstzunehmende Kenner der Branche, die behaupten, daß dieser Vorschlag nur dazu geeignet ist, reiche Verlage noch reicher zu machen, daß er jedoch wenig bewirkt zur Stärkung der vielen mittleren Verlage, die besonders schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben. Wer also mit der großen Gießkanne steuerlicher Subventionen über die Lande geht, wie manche dies von der Bundesregierung verlangen, der muß wissen, daß er dadurch bestehende Ungleichheiten noch verstärkt.

Ein anderer Vorschlag, der darauf abzielt, nach schwedischem Vorbild jeweils den Zweitzeitungen, also den schwächeren Zeitungen am Ort, wirtschaftliche Erleichterungen zu gewähren, ist auf verfassungsrechtliche Bedenken gestoßen. Immerhin - dies ist ein interessanter Gedanke, weil er die Erhaltung der Meinungsvielfalt und der publizistischen Konkurrenz zum Ziel hat. Schweden hat für dieses Experiment, das sicherlich noch nicht abschließend beurteilt werden kann, seit 1971 fast 500 Millionen Kronen aufgewandt. Erfolg: In diesem Zeitraum hat nur eine einzige Zeitung ihr Erscheinen einstellen müssen (Göteborgs Handelstidning). Andererseits kann aber dieser Vorschlag auch bedeuten, daß ein falsches Management aus Steuermitteln abgesichert wird oder absolut unwirtschaftliche Verlage durchgepöppelt werden. Auch das ist keine Lösung. Ein dritter Vorschlag, der darauf hinausläuft, die Bundespost zugunsten der Zeitungsverlage zur Kasse zu bitten, wirtschaftliche Subventionen also sehr indirekt zu gewähren, ist ebenfalls noch im Gespräch. Allerdings wohl ohne große Aussicht auf Erfolg. Denn gegen seine Verwirklichung wehrt sich nicht nur die Post selbst, die mitten in einer schwierigen Phase der finanziellen Rekonvaleszenz steckt. Meines Erachtens muß diese Frage jedoch ernsthaft geprüft werden. Allerdings dürfte nicht die Bundespost in Subventionszwang genommen werden, sondern das Bundesministerium für Wirtschaft sollte entsprechende Ausgleichszahlungen leisten, soweit nicht auch hier der Einwand gilt wie gegen den Erlaß der Mehrwertsteuer auf Vertriebs Erlöse.

Persönlich bedauere ich sehr, daß Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung sich nicht auf eine Kompromißlösung haben verständigen können, wie sie das Land Niedersachsen, unterstützt durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen, im Bundesrat eingebracht und vertreten hat. Niedersachsen hatte Mitte vergangenen Jahres vorgeschlagen - um Hilfsmaßnahmen nicht an allzu viele Kriterien zu koppeln - vor allem die Auflagenhöhe als Maßstab für steuerliche Erleichterungen anzusetzen. Das wäre sicherlich auch noch nicht der Weisheit letzter Schluß gewesen, aber eine solche Regelung wäre praktikabel und rasch wirksam gewesen. Ich wollte zunächst die Zeitungen mit

einer Auflage unter 200.000 (dem kritischen Punkt der überregionalen Massenwerbung) in dieses Hilfsprogramm einbeziehen. Was die Sache nach rasch wirksamen Hilfsmaßnahmen betrifft, so wird der Bundesregierung hier und dort der Vorwurf gemacht, sie lassen sich zuviel Zeit. Vielleicht steckt auch in diesem Vorwurf ein Körchen Wahrheit. Aber: Diejenigen, die solche Vorwürfe erheben, übersehen gar zu gern, daß die Bundesregierung den wirtschaftlichen bzw. steuerlichen Hilfen zwei wichtige Gesetzesvorhaben vorgeschaltet hat. Das eine, das "Gesetz über die Fusionkontrolle im Pressewesen" will den Prozeß der ungehemmten Konzentration erschweren, das andere, ein "Gesetz über die Presse-Statistik", will endlich brauchbare, gesicherte Daten über die wirtschaftliche Lage im Medienbereich beschaffen. Beide Gesetzentwürfe werden von der Opposition im Bundestag aus mir nicht recht begreiflichen Gründen abgelehnt.

Das Recht von Unternehmen, sich zusammenzuschließen, hat doch gerade nach Ansicht von Anhängern der Marktwirtschaft immer schon dort seine Grenze gefunden, wo die Bildung von Monopolen und damit die Ausschaltung des Marktes und der Konkurrenz zu befürchten war. Deswegen hat sich die Bundesrepublik doch ein Kartellgesetz gegeben, deswegen ist das Bundeskartellamt eingerichtet worden. Weshalb, frage ich mich, will die Opposition, die doch sonst nicht müde wird, sich als Verteidiger der Marktwirtschaft zu gerieren, ausgerechnet tatenlos der Bildung von Meinungsmonopolen zusehen, obwohl doch solche Monopole nicht nur für unsere Ökonomie, sondern für unsere Demokratie gefährlich sind? Und was das Gesetz über die Pressestatistik anbelangt, so hätte doch der Lagebericht des BDZV jedermann deutlich machen müssen, daß ein solches Gesetz dringend notwendig ist.

Wenn ich mich mit Nachdruck für wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für Presseunternehmen einsetze, dann habe ich dabei ganz gewiß nicht nur die Verleger im Auge. Wie die Erfahrung lehrt, heben viele Verleger unter Fusionen, Verkäufen und Zusammenlegungen persöhnlich nicht gerade gelitten. Die Leidtragenden waren - neben der Informationsfreiheit des Bürgers - die Setzer, die Drucker, die Redakteure und die freien Mitarbeiter. Im Medienbereich überschneiden sich zwei Problemkreise: Wer Meinungsvielfalt sichert, der sichert auch Arbeitsplätze. Und aus beiden Gründen habe ich Veranlassung, die Bundesregierung um rasche Entscheidungen - möglicherweise auch um befristete Lösungen - zu bitten. Ich gehe davon aus, daß gerade in diesem Bereich, der aus guten Gründen verfassungsrechtlich besonders geschützt ist und in dem jede staatliche Hilfe deswegen diffizile verfassungsrechtliche Probleme aufwirft, jetzt das verfassungsrechtliche Unbedenkliche geschehen muß. Auch wenn dies von vornherein nur die zweitbeste Lösung darstellt. Sonst ist meines Erachtens zu befürchten, daß wirtschaftliche Erleichterungen für Presseunternehmen solange zum Zankapfel für juristische Seminare werden, bis nichts mehr zu helfen und zu retten ist.

(-/30.4.1975/va/pr)

Ist die Kunst im Sport verpönt ?  
-----

Parallelen in beiden deutschen Staaten

Der im Foyer der Komischen Oper in Ost-Berlin von dem Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB), Manfred Ewald, und dem DDR-Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, unterzeichnete Aufruf für den Kunstpreis des DTSB dient vorrangig zwei Zielen: Die Beziehungen zwischen Kunst und Sport als bedeutsame Faktoren der sozialistischen Persönlichkeitsbildung noch enger zu gestalten, wie DTSB-Vizepräsident Johannes Rech erklärte, und das 6. Turn- und Sportfest sowie die 6. Kinder- und Jugendspartakiade 1977 in Leipzig als zahlenmäßig größte Sportveranstaltung der Welt mit künstlerischen Akzenten zu versehen. Die Verleihung des "Sport-Kunstpreises" wird anlässlich des Sportfestes und der Spartakiade 1977 in Leipzig erfolgen und ist mit drei Preisen von 5.000, 3.000 und 2.000 Mark dotiert.

Das mit dem Kunstpreis-Aufruf verbundene 7. Gespräch "Kunst und Sport" verlief in Ost-Berlin nicht ohne Kritik. Vor den kritischen Anmerkungen stimmte Kulturminister Hoffmann zunächst hehre Töne an: "Während indessen Coubertin resignierend klagen mußte, daß die Hochzeit von Muskel und Geist wegen der unfruchtbaren platonischen Liebe zwischen beiden nicht stattfand, sind Kunst und Sport im Sozialismus zur seriösen Partnerschaft gelangt".

Die Rolle des Kritikers wurde dem Diskus-Exeuropameister Detlef Thorith übertragen. "Wo sind Sportclubs und Sportgemeinschaften, die Künstler zu ihren Mitgliedern zählen?" fragte er. Weiter forderte der Sportler die "echte Verbindung" zwischen Sportler und Künstler. Seine Kritik dehnte er auf die Art der Sportpreise aus, von denen viele nicht in die Neubaumwohnungen und zu modernen Möbeln passen würden. Auch in den Sportunterkünften mangle es noch an künstlerischer Ausgestaltung. In halbwegs humorvolle Anmerkungen verpackte der Schriftsteller Gerhard Holz-Baumert den Aufruf an seine Kollegen, das konfliktreiche Leben der Sportler und des Sports zu gestalten. Kritische Untertöne wurden auch in dem Diskussionsbeitrag von Horst Weiß, dem Ersten Sekretär des Verbandes Bildender Künstler, deutlich. Er

forderte auf, die Jugend mit den Kunstwerken vertraut zu machen, und meldete Kritik im Bereich der sogenannten Gebrauchsgraphik an. Weiß: "Mir geht es nicht so sehr um künstlerisch wertvolle Einzelpreise, sondern um die vielen kleinen Preise im täglichen Sportverkehr. Das ist nicht nur ein Problem der Formgestalter, sondern auch der Produktion".

Bei Musik und Pathos zum Sport müssen die DDR-Verantwortlichen immer noch Überwiegend auf die heroischen Sprüche und Melodien des SED-Hauskomponisten Johannes R. Becher ("Auferstanden aus Ruinen - einig deutsches Vaterland") zurückgreifen. Von Becher stammt auch die Forderung: "Wir müssen mit der Jugend zusammen Sport treiben und ebenso wie die Helden der Arbeit auch die Meister des Sports in unseren Werken feiern, wofür im Altertum, wie bekannt, die großen griechischen Dichter sich nicht zu schade waren".

Trotz der optimistischen Thesen stellt sich für die DDR-Sportführung ähnlich wie in der Bundesrepublik die Frage, ob es überhaupt ein festes Reglement für das Verhältnis zwischen Sport und Kunst gibt. Darauf konnte auch DDR-Kulturminister Hoffmann in Ost-Berlin keine Antwort geben. Allzu oft werden hüten wie drüben fragende oder kritische Wortmeldungen aus dem weiten Feld der Kunst von den Sportfunktionären mit dem Hinweis auf fachliche Unwissenheit abgetan. Ausnahmen wie die westdeutschen Schriftsteller Günter Grass und Rudolf Hagelstange sind ebenso selten wie der kunstbegeisterte Olympia-Präsident Willi Daume, auf dessen Initiative auch die künstlerisch gestalteten Olympia-Poster und kunstorientierten Veranstaltungen aus Anlaß der Olympischen Spiele 1972 zurückgehen.

Daß in der DDR die Entwicklung nicht viel anders ist, geht aus der Forderung des DTSS-Vizepräsidenten Johannes Rech hervor, der im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung des 6. Turn- und Sportfestes sowie der 6. Kinder- und Jugendapartakiade 1977 in Leipzig neue konkrete Formen der Zusammenarbeit zwischen Künstlern und Sportlern sowie zielgerichtete Auftragspolitik forderte.

Ernst Dieter Schmickler  
(-/30.4.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller